Breslauer

Jüdisches Gemeindeblatt

AMTLICHES BLATT DER SYNAGOGENGEMEINDE ZU BRESLAU

Schriftleitung: Verwaltungsdirektor Dr. Rechnitz, Breslau, Wallstr. 9 · Verlag: Büro der Synagogengemeinde, Breslau, Wallstr. 9 · Telefon 216 11/12

Druck und Anzeigen-Annahme: Druckerei Th. Schatzky Aktien-Gesellschaft, Breslau 5, Neue Graupenstraße 7 · Telefon 24468 u. 24469

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 16 Pfennige — Bei laufenden Aufträgen Rabatt

Für die unter dem Namen des Verfassers erscheinenden Artikel und die Vereinsnachrichten übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung

9. Jahrgang | Juni 1932 | Nummer 6

An unsere Gemeindemitglieder!

Die Gemeindevertretung hat am 2. Juni 1932 mit allen gegen 3 Stimmen beschlossen, den Zuschlag zur Einkommensteuer von 14 % auf 16 % zu erhöhen. Der Vorstand ist diesem Beschluß beigetreten. Da alle Parteien für die Erhöhung eingetreten sind, lassen wir nachstehend die Parteiführer zu Wort kommen. Die Schriftleitung.

Die Erhaltung unserer Gemeinde, ihrer Einrichtungen und Wohlfahrtsinstitute macht eine Erhöhung des bisherigen Steuersatzes um 2 % der Reichseinkommensteuer notwendig. Ist das wirklich eine drückende Last, ein schweres Opfer, wie es von so vielen genannt, von manchen wohl auch empfunden wird?

Wer für unser Judentum heutzutage noch einen kleinen Teil jener Opferwilligkeit aufbringt, die unsere Ahnen im Altertum und Mittelalter bis zur Hingabe ihres Lebens beseelt hat, für den ist diese Frage überhaupt keine Frage mehr. Er wird die „Last" als עול מלכות שמים hinnehmen.

Aber die Menschen der Gegenwart haben wenig übrig für Ideale. So mancher schätzt das Judentum, solange — es nichts kostet. Seinen Schrecken zu dämpfen, sei folgende Berechnung aufgemacht:

Die Erhöhung berägt (ohne Berücksichtigung der Familienermäßigung) bei einem Einkommen von:

8 000 RM., d. h. einer Einkommensteuer von 800 RM. = 4,— RM. pro Quartal;
12 000 RM., d. h. einer Einkommensteuer von 1300 RM. = 6,50 RM. pro Quartal;
16 000 RM., d. h. einer Einkommensteuer von 1900 RM. = 9,50 RM. pro Quartal;
20 000 RM., d. h. einer Einkommensteuer von 2700 RM. = 13,50 RM. pro Quartal.

Die sogenannten „mittleren" Einkommen sind also nicht gar zu schwer belastet. Wer aber heut noch das Glück hat, ein höheres Einkommen zu beziehen, sollte dem Schicksal dankbar sein und gern und willig opfern in dem Bewußtsein, daß viele Tausende, die einst bessere Tage gesehen haben, glücklich wären, das gleiche geben zu können.

Ludwig Foerder,
Vorsitzender der Jüdischen Mittelpartei.

Wie die Gemeindemitglieder aus der Tagespresse bereits erfahren haben dürften, hat die Vertreterversammlung der Synagogengemeinde in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Steuersatz um 2 % zu erhöhen. Es ist notwendig, den Gemeindemitgliedern klarzulegen, wie sich die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kultussteuer von 14 auf 16 % ergab.

Wenn man den Aufgabenkreis einer Synagogengemeinde betrachtet und die heutige, überall herrschende Not berücksichtigt, so wird man die Arbeiten anerkennen müssen, die geleistet wurden, um den Etat rechtzeitig unter Dach und Fach zu bringen. Man hat Abstriche am Etat vorgenommen, die bald nicht mehr zu verantworten waren. Man hat in der Verwaltung eingespart, was möglich war. Aber trotzdem war es nicht möglich, den Etat ohne Fehlbetrag abzuschließen. Man war daher gezwungen, um den Etat auszubalancieren, eine der folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

1. Nochmalige Abstriche unter Einbeziehung der Kultus- und Wohlfahrtsausgaben,
2. Angreifen der Substanz der Synagogengemeinde oder
3. Erhöhung der Steuer von 14 auf 16 %.

Sich zu dem ersteren zu entschließen, wäre die Entsagung von den hauptsächlichsten Aufgaben einer Synagogengemeinde. Man muß Kultus- und soziale Institutionen fördern und kann keine Kürzungen vornehmen, die deren Bestand gefährden könnten.

Die vorhandenen letzten Vermögensreserven anzugreifen, wäre in der heutigen Zeit verantwortungslos. Man weiß nicht, was das kommende Etatsjahr bringen wird. Man mußte daher die Substanzen schonen, um im Notfalle gesichert zu sein.

Man hat sich daher zum dritten entschlossen, nämlich zur Erhöhung der Kultussteuer von 14 auf 16 %. Bei der jetzigen schweren Zeit, in der jeder, gleich welchen Standes, ohnehin ungeheure Lasten zu tragen hat, wird es manchen unserer Gemeindemitglieder nicht leicht fallen, auch noch diese Steuer mit in Kauf zu nehmen. Aber man mußte sich dazu entschließen, da es eine unbedingte Notwendigkeit ist, gerade in der jetzigen Zeit die Synagogengemeinde und ihre Einrichtungen zu erhalten, auch wenn bedeutende Opfer gebracht werden müssen. Man muß an unsere Armen denken, deren wir hier im deutschen Osten besonders viele haben, denen wir im Kampf um das tägliche Brot zur Seite stehen und auch helfend beispringen müssen. Trotz der immer steigenden Not in den Kreisen unserer Gemeindemitglieder wurde der Etat des Wohlfahrtsamtes um bedeutende Summen gekürzt. Dabei mußten noch so wichtige Aufgaben, wie die Not der Erwerbslosen zu lindern, vollkommen unberücksichtigt bleiben. (Es bleibt zu hoffen, daß man dieses Problem in Kürze zu lösen versucht.)

Aus allen diesen Gründen habe ich mich schweren Herzens entschlossen, der Steuererhöhung beizustimmen. Ich nehme an, daß die Gemeindemitglieder aus den angeführten Gründen für den gefaßten Beschluß, trotz der für sie enthaltenen Opfer, Verständnis aufbringen werden.

Moritz Grünberg,
Vorsitzender der ostjüdischen Partei.

Im Jahre 1929 zahlten wir an die Jüdische Gemeinde 11 % der Reichseinkommensteuer. Damals gingen 796 600 RM. insgesamt ein, d. h. 72 400 RM. für jedes Steuerprozent. Wie hoch ein Steuerprozent im laufenden Jahre ausfallen wird, weiß man noch nicht genau, weil ja die Steuerbescheide für 1931 noch nicht versandt sind; aber nach umfangreichen Stichproben schätzen die Finanzämter jedes Steuerprozent der jüdischen Zensiten auf etwa 38 000 RM. höchstens, also wenig mehr als die Hälfte dessen, was vor drei Jahren auf ein Steuerprozent entfiel. Wollte also die Gemeinde die gleichen Einnahmen haben wie vor drei Jahren, so müßte sie 21 % erheben. Sie hat beschlossen, 16 % zu erheben und hat damit rund auf ein Viertel der Einnahmen, die sie vor drei Jahren erzielte, verzichtet.

Diese Ziffern beweisen, daß man gespart hat. Offen bleibt die Frage, ob man auch genug gespart hat und ob man nicht mit 14 % — wie im Vorjahre — weiter auskommen konnte. Mit dieser Frage haben Vorstand und Gemeindevertretung sich mehrere Monate hindurch beschäftigt. Eine besondere Sparkommission hat jeden einzelnen Zweig des Gemeindelebens und der Gemeindeverwaltung auf das genaueste geprüft, um zu ermitteln, wo Einsparungen möglich sind. Ergebnis: Der Verwaltungsapparat kann auf keine Weise verkleinert werden. Die Ausgaben für Gottesdienst und Religionsunterricht und für die mit diesen Aufgaben betrauten Beamten lassen sich, wenn die Gemeinde überhaupt bestehen soll, nicht wesentlich verkleinern; streitig bleiben hier Beträge, die im ganzen ungefähr ein Viertel eines Steuerprozents ausmachen. Alle Subventionen an kulturelle und sozial jüdischen Einrichtungen sind stark herabgesetzt worden. Als einziger Posten des Etats, an dem man noch wesentliche Abstriche vornehmen könnte, blieb das Wohlfahrtsamt übrig. Es läßt sich nicht leugnen, daß das Wohlfahrtsamt im Etat der Gemeinde eine beträchtliche Rolle spielt. Aber wenn man es verkleinern wollte, so würde es seinen Sinn gänzlich verlieren. Es ist bereits so weit eingeschränkt, wie man es einschränken kann. Mit einem kleineren als seinem jetzigen Etat würde es so hilflos sein, daß es keine Existenzberechtigung mehr hätte. Hier gab es nur eine Entscheidung: Entweder das Wohlfahrtsamt gänzlich zu streichen oder es wenigstens in dem bisherigen Umfange bestehen zu lassen. Die Gemeinde ist der Ansicht, daß denjenigen, die noch ein Einkommen zu versteuern haben, zugemutet werden kann und in unserer schwer notleidenden Zeit zugemutet werden muß, ein Opfer für die Notleidenden zu bringen, die vom Wohlfahrtsamt betraut werden. Denn dies muß einmal gesagt werden: Auch mit seinen jetzigen Mitteln kann das Wohlfahrtsamt nur dort helfen, wo wirklich bitterste Not herrscht und wo Menschen völlig verelendet sind. Leistungen an Menschen, die noch zu essen haben, sind längst nicht mehr möglich. Die Großzügigkeit, mit der wir Juden früher einmal zu geben gewohnt waren, ist im Wohlfahrtsamt der Jüdischen Gemeinde längst aufgegeben worden und mußte aufgegeben werden, weil die Inanspruchnahme des Amts längst ins Ungeheuerliche gestiegen ist.

Das Opfer, das mit der 2prozentigen Steuererhöhung jedem einzelnen angesonnen wird, ist tragbar, wenn man die Zahlen einmal näher betrachtet. Die Mehrbelastung beträgt:

bei	8 000	RM. Einkommen	. . . .	16	RM. jährlich,
„	15 000	„ „	. . . .	35	„ „
„	20 000	„ „	. . . .	54	„ „
„	50 000	„ „	. . . .	230	„ „
„	100 000	„ „	. . . .	600	„ „

Man wird zugeben, daß soche Zahlen niemanden erschrecken können. Es ist richtig, daß sie schlimmer erscheinen, wenn sie zu allen anderen Steuern noch hinzukommen. Aber diese Mehrleistungen müssen tragbar erscheinen, wenn die Voraussetzung dafür war, daß ein jüdisches Wohlfahrtsamt überhaupt noch weiterbestehen soll.

Max Jacobsohn,
Vorsitzender der Jüdischen Volkspartei.

Steuern zahlen ist im allgemeinen keine angenehme Beschäftigung, und als Gemeindevertreter Steuern zu bewilligen, die aus anderer Leute Taschen bezahlt werden müssen, macht nicht gerade besonders populär. Deshalb ist es für Gemeindevertreter gewiß am bequemsten, alljährlich in den Etat einen möglichst geringen Steuersatz einzusetzen in der Hoffnung, daß entweder nicht soviel an Ausgaben, wie man veranschlagt hat, gebraucht werden wird, oder daß der große Glückszufall in Gestalt von Erbschaften oder anderen unerwarteten Einnahmen die Kassen der Gemeinde mit Banknoten füllen wird. Diese unerwarteten Einnahmen treten nun genau so oft ein, wie es jedem einzelnen Gemeindemitgliede gelingt, in der Preußischen Klassenlotterie das große Los zu gewinnen; aber unbedingt darauf verlassen kann man sich in der Regel nicht.

Infolgedessen bleibt für eine gewissenhafte Gemeindevertretung nichts anderes übrig, wenn die Mittel knapp sind, als soviel wie irgend möglich an den Ausgaben zu sparen. Das hat die Breslauer Gemeindevertretung in reichem Maße getan; in monatelanger intensiver Arbeit hat der Sparausschuß an allen Ecken und Enden Ausgaben verringert und gestrichen. Aber schließlich gibt es Ausgaben, die über ein bestimmtes Maß hinaus nicht abgedrosselt werden können, wenn die Synagogengemeinde überhaupt noch eine Existenzberechtigung haben soll. Kultursausgaben, Kultusausgaben und Wohlfahrtsausgaben müssen in einer bestimmten Höhe geleistet werden, und wenn diese Ausgaben durch Betriebseinnahmen nicht gedeckt werden können, dann muß die Gemeinde entweder Schulden machen oder ihre eigene Substanz angreifen oder die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben durch Steuererhebung ausgleichen.

Eine Politik des Schuldenmachens kann man in ausnahmsweise ungünstigen Jahren betreiben, wenn man die Aussicht hat, in den kommenden Jahren die Schulden wieder abzudecken. Dazu ist aber der gegenwärtige Zeitpunkt gewiß nicht geeignet; es wird zwar jeder auf bessere Zeiten hoffen, aber kaum wird jemand so optimistisch sein, zu erwarten, daß sie gar so bald eintreten werden. Unter diesen Umständen wird man auch nach Möglichkeit die Substanz der Gemeinde, auf der ihre Existenz beruht, ihre Grundstücke und Stiftungen und Wertobjekte zu erhalten suchen und sie nicht durch Beleihung entwerten. Es bleibt demnach in der Hauptsache nichts anderes übrig, als die Unterbilanz des Etats durch Steuererhebung aus der Welt zu schaffen. Freilich, eine Erhöhung des Steuersatzes von 14 % auf 16 % ist unpopulär und unerfreulich, aber sie ist notwendig; es ist immer noch besser, durch direkte Steuern, die sich in progressiver Weise auf die Schultern der Allgemeinheit verteilen, auf die stärkeren Schultern mehr, auf die schwächeren weniger, den Bedarf der Gemeinde zu decken, als etwa durch indirekte Steuern den wirtschaftlich Schwachen zugunsten des wirtschaftlich Stärkeren verhältnismäßig viel höher zu belasten.

Wenn man überlegt, daß in Provinzstädten der Steuersatz meist nicht 16 %, sondern 25 bis 30 % und mehr beträgt und getragen wird, dann wird man zugeben müssen, daß auch 16 % eine Belastung sind, die immerhin noch tragbar ist. Es ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß durch eine Erhöhung der Steuerlast über 14 % hinaus wohlhabende Steuerzahler den Vorwand finden könnten, aus der Gemeinde auszuscheiden. Ich meine, daß man das nicht zu befürchten hat. Bei wem ein Steuerzuschlag von 2 % eine wirklich hohe Summe ausmacht, der hat ein solches Einkommen, daß bei ihm durch eine solche Steuererhöhung sein privater Etat nicht ins Wanken geraten kann, und bei kleinen Einkommen ist die Differenz von 2 % wirklich nicht allzu bedeutend.

Deshalb hat die Gemeindevertretung recht daran getan, daß sie, um die Finanzen der Synagogengemeinde in Ordnung zu erhalten, den Mut zu einer tragbaren Steuererhöhung gefunden hat, und daß sie im Einverständnis mit dem Vorstande schweren Herzens zwar, aber im Bewußtsein der Verantwortlichkeit der Allgemeinheit gegenüber nicht nach Popularität gehascht, sondern den Notwendigkeiten der Synagogengemeinde Rechnung getragen hat.

Dr. Josef Schlesinger,
Vorsitzender der konservativen Partei.

Wir haben für das laufende Etatsjahr die Kultussteuer von 14 auf 16 % der Reichseinkommensteuer heraufsetzen müssen.

Noch niemals war es so schwer, einen Voranschlag für den Gemeinde-Etat zustande zu bringen. Der Vorstand beriet, die zuständigen Ausschüsse berieten, die Fraktionen berieten, dazwischen liefen interfraktionelle Besprechungen. Das ging so monatelang; alle hatten den Wunsch, in dieser furchtbaren Zeit ohne das höchst unpopuläre, ja fast aufreizend wirkende Anziehen der Steuerschraube auszukommen. Es wurde an allen möglichen Stellen herumgestrichen, an den Gehältern, den Kultus- und Kultur-, den Wohlfahrtsausgaben, in deren Höhe sich die Größe des in unserer Gemeinde herrschenden Elends wiederspiegelt, gestrichen bis hart an die Grenze des Erträglichen. Denn die Steuererhöhung sollte vermieden werden.

Dennoch — es ging nicht! Die Beibehaltung des alten Steuersatzes hätte die Gemeinde gezwungen, einen erheblichen Teil der Ausgaben auf dem Anleihewege zu decken und zu diesem Zwecke ihren Grundbesitz fast bis zur Grenze der heutigen Beleihungsfähigkeit zu belasten. Auch dies wäre, so sehr es den Grundsätzen einer gesunden Finanzgebarung widerspricht, laufende Ausgaben durch Anleihen zu decken, zu ertragen gewesen, wenn wir die Ueberzeugung haben dürften, daß es im nächsten Jahr besser sein werde. Aber wir sind angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage und der gegen uns gerichteten Boykottbestrebungen nicht optimistisch genug, eine so rasche Besserung zu erwarten.

So mußte denn die Steuererhöhung kommen.

Sie bedeutet bei einem Einkommen bis zu 8000 RM. im ungünstigsten Falle noch nicht zwei vom Tausend des Einkommens.

Bei den höheren und ganz hohen Einkommen steigt der Anteil dann bis auf fünf vom Tausend und darüber.

Man macht uns bange: es würden Steuerzahler von uns gehen.

Wir nehmen diese Eventualität, die all unser Mühen um die Ausgleichung des Etats über den Haufen werfen könnte, gewiß nicht leicht.

Nur: wir können nicht an sie glauben!

Denn die, denen man mit einer solchen Annahme zu nahe tritt, sind Juden, sind deutsche Juden.

Und sie haben weder in der Schule des Judentums noch in der des Deutschtums gelernt, daß ein Mensch von Ehre einer Gemeinschaft um eigenen Nutzens willen den Rücken kehren darf, wenn bitterste Not ihrer Glieder und tödlicher Haß ihrer Feinde ihren Bestand bedroht.

Nein, es wird niemand um dieser Silberlinge willen in solcher Zeit von uns gehen!

Erich Spitz,
Vorsitzender der liberalen Fraktion.

Für die Frage der Steuererhöhung dürfte lediglich folgende wirtschaftliche Ueberlegung maßgebend sein:

Welche Folgen müssen eintreten, wenn die Erhöhung unterbleibt? Die Belastung des Grundbesitzes würde die letzte Reserve vernichten. Zu einer derartigen Zerstörung des letzten Restes des Gemeindevermögens ist aber niemand berechtigt. Für das nächste Jahr ist kaum mit einer Besserung der Wirtschaftslage und der Steuereingänge zu rechnen. Woher sollte im nächsten Jahr die Deckung eines neuen Fehlbetrages kommen?

Die vom Vorstand angegebene Möglichkeit, im nächsten Jahr dann vielleicht um 4 % zu erhöhen, erscheint nicht gegeben, wenn bereits die Erhöhung von 2 % für dieses Jahr untragbar sein soll.

Kein Steuerzahler wird durch die Erhöhung um 2 %, also um 1/7 der letzten Gemeindesteuer, ruiniert werden; Härten können immer beseitigt werden. Die Gemeinde ist aber ohne diese 2 % Erhöhung nicht in der Lage, auch nur eine notdürftige Verwaltung durchzuführen.

Die Einnahmen einer öffentlichen Körperschaft müssen sich notgedrungen nach den notwendigen Ausgaben richten, und diese sind bis auf ein fast untragbares Mindestmaß herabgesetzt worden.

Demnach muß für das laufende Jahr das für jeden einzelnen schwere Opfer der Erhöhung von 2 % gebracht werden, um für das laufende Jahr überhaupt durchzukommen, weitere Schäden zu vermeiden und die letzte Reserve nicht völlig aufzuzehren.

Dr. Unikower
für die Wirtschaftspartei.

Gemeindevertreter-Sitzung

am 26. Mai 1932.

Bericht von Dr. Rechnitz.

Der Vorsitzende Peiser eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den verstorbenen Dr. James Simon, den großen Deutschen und den wohltätigen Juden, den die Versammlung stehend anhört. Darauf verpflichtete er mit herzlicher Begrüßung den neu gewählten Vorsteher Alfred Freudenthal zu treuer und gewissenhafter Führung seines Amtes. Namens des Vorstandes begrüßt der stellvertretende Vorsitzende Schachtel Herrn Freudenthal als würdigen Nachfolger für Mendel Hoffmann, worauf Herr Freudenthal unter der Versicherung, nach Kräften für das Wohl der Gemeinde zu arbeiten, dankte.

Hierauf begann die Etatsberatung, diesmal nach dem Wunsche der Versammlung mit einem Generalreferat seitens des Vorstandes durch dessen Mitglied Dienstfertig.

Er bezeichnete den Etat als getreues Spiegelbild der Not unserer Zeit, beeinflußt durch die erheblichen Rückgänge aus Steuern und die steigenden sozialen Lasten. Trotz aller Abstriche sei ein ungedeckter Fehlbetrag von 180 000 RM. verblieben, so daß weitere rigorose Abstriche erforderlich wurden. Auch bei den sozialen Aufgaben habe man nicht Halt machen dürfen, was dem Vorstand besonders schwer gefallen sei. Eine verantwortliche Leitung dürfe bei den Sparmaßnahmen nicht darauf Rücksicht nehmen, ob etwas populär sei, sondern müsse in erster Linie den Zusammenbruch der Gemeinde vermeiden. Die Gehälter seien nach den Notverordnungen gekürzt worden, darüber hinaus die Gehälter der höheren Beamten, über deren Bezüge phantastische Zahlen in Umlauf seien. Ferner sollen die Schlachtgebühren in einem Ausmaße erhöht werden, daß sie etwa die Sätze anderer Großgemeinden erreichen, wobei allerdings das Fleisch sich um etwa 1—1½ Pfg. je Pfund verteuert. Im Schulwesen sollen nach dem Beschluß der Etatskommission noch in diesem Haushaltsjahr 3000 RM. erspart werden, jedoch bestehe noch keine Klarheit, wie dies gemacht werden solle. Durch diese Beschlüsse sei der Fehlbetrag auf 110 000 RM. gesenkt worden. Den naheliegenden Weg, den Fehlbetrag durch Steuererhöhung zu decken, sei der Vorstand nicht gegangen; er erachte diesen Weg in einer Zeit der größten Wirtschaftsnot, wo alles unter der ungeheuren Steuerlast seufze, nicht für richtig. Die Erhöhung könne Folgen haben, die den Mehrbetrag illusorisch machen. Entscheidend sei das Allgemeinwohl der Gemeinde und das gehe dahin, die Steuerkraft ihrer Mitglieder für die Zukunft zu erhalten. — Der Fehlbetrag soll nach dem Vorschlag des Vorstandes dadurch gedeckt werden, daß ein weiterer Betrag von etwa 80 000 RM. den Stiftungskapitalien entliehen und dieser zusammen mit dem bereits entnommenen Betrag von etwa 70 000 RM. durch eine Grundschuld von 150 000 RM. auf dem Grundbesitz Wallstraße sichergestellt werde. Dieser Grundbesitz sei vor dem Kriege mit über 180 000 RM. belastet gewesen. Der Restbetrag soll vorgetragen werden, in der Hoffnung, daß unsere Schätzungen der Steuereinnahmen zu pessimistisch seien oder sich in anderer Weise weitere Einsparungen ergeben. — Der Vorsitzende dankt für das sehr ausführliche Referat und gleichzeitig für die enorme Arbeit, die Ehrenbeamte und Beamte in den letzten Wochen zur Fertigstellung des Etats geleistet haben.

Meyer (V.P.) will aus dem aus der Notzeit geborenen Etat keine Vorwürfe begründen, aber kritisch bemerken, daß es nicht glücklich gewesen sei, den Etat durch Vorstand und Etatsausschuß gleichzeitig nebeneinander beraten zu lassen. Bei den Einschränkungen vermisse er ein Prinzip; es dürfe nicht mechanisch an allen Posten gleichmäßig abgestrichen werden, sondern nur bei den minderlebenswichtigen. Bei den Gehältern sei der Vorstand nur zögernd vorgegangen, obgleich er hier frei sei. Es bedurfte erst des Beschlusses der Etatskommission zum Abbau der Dienstaufwandsentschädigungen und Studienbeihilfen. Auch bei den Schlachtsteuern sei der Vorstand dem Vorschlage der Etatskommission nur teilweise gefolgt. — Was die Erhöhung des Steuerprozentsatzes anbetrifft, so schätze er die Bedenken nicht gering, aber man dürfe nicht pessimistisch sein. Der Vorstand müßte allerdings die Gemeindemitglieder in geeigneter Weise aufklären, und zwar über die gesamte Tätigkeit der Gemeinde, wie dies Berlin tue. Die Abänderungsanträge würden zwar

eine Erhöhung der Ausgaben verursachen, dafür könnten aber andere Posten noch Abstriche vertragen. Ein Abstrich von 33 000 RM. bei den Wohlfahrtsausgaben in dieser Notzeit könnten seine Freunde nicht mitmachen. Auch die Ausgaben für Arbeitsvermittlung, Berufsumschichtung, Siedlung seien heute lebenswichtig. Wir werden also doch zu einer anderen Gestaltung des Etats kommen müssen.

Wolff (M.P.) bedauert, daß sich nicht eine gemeinsame Front aller Parteien gebildet habe, die für Aufklärung nach außen sorgt. Die gute Gelegenheit, alle Parteigegensätze auszugleichen, sei leider verpaßt worden. Dabei ging der Streit nur um weltanschauliche Dinge. Beim Wohlfahrtsamt handele es sich im ganzen um 6000 RM. Mehrausgaben gegenüber den Vorschlägen des Vorstandes, schlimmstenfalls um 8000 RM. Daran hätte die Einigkeit nicht scheitern sollen. Die Erklärung des Vorstandes, seine Vorschläge könnten nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden, habe den Etatsausschuß höchst unangenehm beeindruckt. Dabei verblieb auch nach den Vorschlägen des Vorstandes noch ein ungedeckter Fehlbetrag von etwa 41 000 RM. Daß Steuern ungern bezahlt werden, dürfe nicht gegen die Steuererhöhung sprechen. Wir müssen vielmehr die Notwendigkeit begründen, wobei das Gemeindeblatt benutzt werden könne. Es wäre erstrebenswert, daß die ganze Gemeindevertretung hinter diesem Beschluß stände. Dem Vorstand fehle es an Verbindung mit den Gemeindemitgliedern; wir werden von ihm gut verwaltet, aber nicht geführt.

Ein Erwerbsloser im Zuhörerraum erbat das Wort für die Erwerbslosen. Der Vorsitzende lehnt dies ab, da in der Versammlung nur Gemeindevertreter sprechen können und empfahl, schriftliche Anträge an die Gemeindevertretung oder an den Vorstand zu stellen.

Spitz (lib.) bedauert aus tiefstem Herzen, daß die Wünsche der Erwerbslosen nicht in vollem Umfange berücksichtigt werden könnten. Aber die Erträge der Kultussteuer seien beschränkt. Staat und Kommune seien Zwangsgemeinschaften, nicht aber die Religionsgemeinde, zu der leider der Zusammenhang erheblich gelockert sei. Der Zeitpunkt für die Steuererhöhung sei ungeeignet. Die Frage sei keine politische, religiöse oder weltanschauliche, sondern eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. An Stelle der Kultussteuer, die unbeliebt sei, seien freiwillige Spenden anzustreben und für eine wirklich gute Sache seien die Aussichten erfolgversprechend, insbesondere bei den religiös-uninteressierten Kreisen. Ein Appell an das soziale Gewissen werde nicht vergeblich sein. Gegenüber seinem Vorredner Wolff sei hervorzuheben, daß es sich nicht bloß um die 6000 RM. handele, weil jeder Wunsch, der einer Seite erfüllt werde, andere Wünsche auslöse, deren Berechtigung nicht zu bestreiten sei. Um dieses zu vermeiden, habe der Vorstand das diktatorische Verlangen gestellt. Da der Vorstand aber selbst zugebe, daß der Etat nicht gerade schön sei, werde er wohl einige Verschönerungen gern annehmen. Hierüber werde bei den einzelnen Etats zu sprechen sein.

Gluskinos (kons.) tritt wohl für Sparmaßnahmen ein, aber die eigentlichen Aufgaben der Gemeinde, wie Kultus, Unterricht und Wohlfahrt, dürfen nicht zu kurz kommen.

Nach einem Schlußwort des Vorstandsreferenten Dienstfertig, in dem er nochmals auf die Bedenken einer Steuererhöhung hinweist und den Vorwurf zurückweist, der Vorstand habe keine Vorschläge zur Deckung des Defizits gemacht, wird die allgemeine Aussprache geschlossen.

Folgende Einzeletats werden zum größten Teil auf die Empfehlungen der Berichterstatter ohne längere Aussprache angenommen, nämlich Grundstücke (Berichterstatter Smoschewer), Alte Synagoge, Religionsunterricht I, Bibliothek, Badeanstalt (B.-E. Kober), Bestattungswesen (B.-E. Korn), Zweiggottesdienst (B.-E. Hadda), Jugend- und Lehrlingsheim (B.-E. Frau Bial).

Ueber den Etat Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge berichtet Frau Bial (lib.): Es habe sie aufs schmerzlichste bedrückt, daß auch hier Abstriche gemacht werden mußten und daß die Einigkeit der interfraktionellen Aussprache wegen einer Mehrforderung von 6000 RM. bei diesem Etat zunichte geworden sei. Allen Fragen der Erwerbslosenhilfe, wozu auch die Siedlung gehört, ständen sie und ihre Freunde wohlwollend gegenüber, aber die Gemeinde allein könne nicht helfen, es müßte die Hilfe des Staates und der Privaten hinzutreten. Beamte und Ehrenbeamte, die in nervenzerrüttender, aufopfernder Arbeit diesen Winter hätten arbeiten müssen, gebühre unser innigster Dank. Sie hoffe, daß das Wohlfahrtsamt die Abstriche durch Einkünfte aus Stiftungsmitteln werde zum Teil wettmachen können. Besonders schmerzlich sei die erhebliche Kürzung der Beihilfe für das Krankenhaus. In Anbetracht des großen Ganzen sollten aber Sonderwünsche zurückgestellt werden.

Wolff erläutert, warum es sich nur um 6000 RM. handele. Die private Wohltätigkeit werde schon nach allen Richtungen in Bewegung gesetzt. Aufgabe des Wohlfahrtsamtes sei, nicht bloß Almosen zu geben, sondern Aufgaben zu erfüllen, die ein lebensstarkes Judentum erhalten sollen. Wenn die Unterstützungssätze zurückgegangen seien, so sei andererseits der Kreis der Bedürftigen wesentlich größer geworden. Die staatliche Kürzung der Unterstützungen von 20 auf 13 Wochen werde ebenfalls die Ausgaben des Wohlfahrtsamtes erhöhen. Deshalb beantragt er, den Posten für allgemeine Ausgaben von 93 000 RM. auf 100 000 RM. zu erhöhen.

Frau Ollendorff dankt vielmals für das Wohlwollen gegenüber dem Wohlfahrtsamt. Alle hätten hier Abstriche am schmerzlichsten empfunden, sie rechne aber auf die freiwillige Hilfe der Gemeindemitglieder, die bisher nie vergeblich angerufen worden sei. Ueber die Verwendung der Winterhilfe und die dort noch zur Verfügung stehenden Gelder gibt sie Auskunft. Ob die im Etat eingesetzten 25 000 RM. an Spenden eingehen werden, erscheine ihr zweifelhaft. Auch die Stadt habe leider die bisherigen Beihilfen stark gekürzt, teilweise vollständig eingestellt, insbesondere die so notwendige Beihilfe für die Kindererholung. Um so mehr sei private Hilfe notwendig.

Grünberg (Ostjüd.P.) freut sich über das warme Herz, das die Dezernentin des Wohlfahrtsamts Frau Ollendorff für die Armen habe. Er wünsche, daß die Damen und Herren der Versammlung öfters ins Wohlfahrtsamt kämen, um zu sehen, wie es an den notwendigsten Mitteln zur Unterstützung armer Juden fehle. Verzweiflung und Selbstmorddrohungen seien an der Tagesordnung. Der größte Teil der Gemeinde sei so verarmt, daß man die 6000 RM. Mehrausgaben aus der Substanz nehmen müsse, um den ersten Hunger zu stillen. Auch die Kürzung für den Arbeitsnachweis sei nicht erträglich, da schon der vorjährige Betrag nicht ausgereicht habe. Dienstfertig vom Vorstand errechnet, daß fast 300 000 RM. für Wohlfahrtszwecke ausgeworfen waren, wovon rund 30 000 RM. gekürzt worden seien. Außerdem erhalte das Wohlfahrtsamt weitere 50 000 RM. aus Stiftungen. Die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke seien also noch recht ansehnlich und die Kürzung demgegenüber gering. Dabei betragen die Steuereingänge nur 600 000 RM. Nothmann (V.P.) tritt für die Anträge Wolff und Grünberg ein. Die Erwerbslosen wünschen eine Erhöhung der Unterstützung und eine tatkräftige Förderung der Siedlung, für die 20 Bewerber vorhanden seien. Den Gemeindemitgliedern müsse die Notwendigkeit finanzieller Anstrengungen klargemacht werden. Wenn die Zulagen der Spitzengehälter um 50 % gekürzt würden, so könnten 3200 RM. erspart werden. Gins (lib.) möchte, wie alle anderen, dem Wohlfahrtsamt gern die gewünschten Beträge zur Verfügung stellen, leider sei dies aber nicht möglich. Der Abstrich von 10 % entspreche der gesteigerten Kaufkraft des Geldes. Wenn auch der Kreis der Notleidenden größer geworden sei, so dürfe nicht übersehen werden, daß bereits 50 % der Steuereingänge für Wohlfahrtszwecke verwendet werden. Die Gemeinde müsse mehr für die produktive Hilfe sorgen, dazu gehöre die Gründung einer Genossenschaftsbank, die vielen helfen werde ohne das unsympathische Bewußtsein einer Unterstützung. Er schlage vor, daß etwaige Mehreingänge an Steuern dem Wohlfahrtsamt zugeführt würden. Unikower (W.P.) vermißt in den allgemeinen Ausführungen das praktische Ergebnis. Die Zahl der jüdischen Angestellten in öffentlichen und privaten Betrieben werde immer geringer und dadurch die Zahl der Notleidenden immer größer. Die Kürzung der staatlichen Sätze werde ebenfalls die Lasten des Wohlfahrtsamtes steigern. Diese ungeheure Not müsse den großen Steuerzahlern vor Augen geführt werden. Er bittet, auch für die Gefangenenfürsorge mehr zu tun.

Beim Haushaltsplan Jugendfürsorge wünscht nach der Berichterstattung durch Frau Bial (lib.) Wolff (M.P.) die Einstellung von 6900 RM. Ausgaben für Jugendspeisung und 2400 RM. Einnahme als Beitrag hierfür durch die Stadt, da die jüdischen Kinder sich in einem ganz erbarmungswürdigen Gesundheitszustand befänden. Nothmann wünscht unter eingehender Darlegung der Notwendigkeit der Berufsumschichtung eine Erhöhung der Beihilfe für das Siedlungsgut Groß-Gaglow und die Chaluzhilfe. Hadda (W.P.) vermißt einen Posten für die jugendlichen Erwerbslosen. Man versucht, diese durch Kurse umzuschichten und vermittelt ihnen Kenntnisse, die sie nie verwenden könnten. Man müsse sie körperlich stählen und durch Beschäftigung vom seelischen Druck befreien.

Die bisherigen und alle anderen Einzelanträge stellt der Vorsitzende zunächst zurück.

Beim Etat des Schlachtwesens, über den Kober (kons.) berichtet, beauskunftet auf Befragen von Gluskinos (kons.) Dienstfertig vom Vorstande, daß die Erhöhung der Schächtgebühren, die 12 000 RM. erbringen soll, auf das Pfund Fleisch umgelegt dieses etwa 1—1½ Pfennig verteuert. Der weitere Vorschlag des Ritualausschusses, eine Aufsichtsgebühr zu erheben und einen Teil der Schächtgebühren den die Aufsichtsgebühr zahlenden Fleischern zurückzugewähren, sei nicht abgelehnt, sondern wegen gewisser Schwierigkeiten zunächst zurückgestellt worden. Auf den Antrag des Vorstandes wird darauf die Erhöhung der Schächtgebühren für ein Rind auf 10 RM. und für ein Kalb auf 2.50 RM. von der Versammlung genehmigt und der Vorstand ermächtigt, diese Erhöhung baldigst durchzuführen.

Beim Etat Neue Synagoge berichtet Horn (lib.) über die sehr erheblichen Einsparungen. Trotzdem sei der Gottesdienst außerordentlich erhebend und werde von allen Fremden bewundert. Ueber das Einheitsgebetbuch sei hier nicht zu sprechen. Foerder (M.P.) bemängelt, daß die Neue Synagoge in den letzten Jahren der Tummelplatz verschiedener Neuerungen gewesen sei. Die während des Gottesdienstes ausliegenden Propagandazettel des Liberalen Vereins hätten Kopfschütteln erregt, ihre eigenmächtige Verteilung sei nachträglich vom Vorstand gemißbilligt worden, der vorher hiervon nichts gewußt habe. Die angeblich aus Ersparnisgründen während des Winters vorgenommene Platzanweisung für die Frauen im Männerraum habe eine große Mißstimmung unter den Besuchern des Gotteshauses zur Folge gehabt, da die Hälfte der regelmäßigen männlichen Besucher hierdurch von ihren angestammten Plätzen vertrieben worden sei. Die Ersparnis an Beleuchtung könne nur ganz unerheblich gewesen sein. Deshalb verstärke sich der Eindruck, daß man in der einzigen liberalen Gemeindesynagoge Breslaus das Vorbild der Berliner Prinzregentenstraße nachzuahmen wünsche. — Redner beantragt ferner, die Position im Etat der Neuen Synagoge „200 RM. für Verteilung des Einheitsgebetbuches an Konfirmanden als Geschenk“ insoweit zu ändern, daß an Stelle dieses Gebetbuches die früher üblich gewesene Bibelübersetzung trete. Das Einheitsgebetbuch sei, obwohl seine Redaktoren auch in Berlin und Frankfurt a. M. säßen, nur in Breslau eingeführt und von den übrigen Großgemeinden abgelehnt worden. Es enthalte Eingriffe ins Dogmatische, die bei allen der Reformbewegung

abholden Liberalen starke Bedenken erregen, z. B. die Fortlassung aller auf den Messias bezüglichen Stellen, ferner Streichung aller Stellen, die der Antisemitismus ebenso mißverständlicher- als böswilligerweise für sich ausbeute (die Vernichtung Pharaos und seines Trosses, die aus Notwehr erfolgte Tötung der Perser in der Megillah). Eine gleiche Stelle im Chanukkalied habe man wiederum stehengelassen, allerdings in einer stümperhaften deutschen Nachdichtung, die der Redner unter Heiterkeit der Versammlung vorliest. Spitz (lib.) wünscht die Ueberweisung an den hierfür zuständigen Kultusausschuß II, womit Foerder einverstanden ist. Er gibt zugleich seinem Bedauern Ausdruck, daß seine Fraktion in völliger Verkennung der wahren Tendenzen des Liberalismus dort ausgeschaltet sei.

Bei der Allgemeinen Verwaltung verbreitet sich nach der Berichterstattung durch Gins Wolff ausführlich über die rechtliche Zulässigkeit der Gehaltskürzungen. Seine Ausführungen finden nicht mehr die Aufmerksamkeit der abgespannten Versammlung, weshalb um ½12 Uhr nachts der Vorsitzende die Weiterverhandlung um eine Woche vertagt.

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung.

Die diesjährigen Preisträger des Paula Ollendorff-Preises waren Dr. Erich Breslauer und Dr. Alfred (nicht Erich) Landsberger.

Die C.-V.-Zeitung,

das Organ des Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens, hat aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens eine Sondernummer (Nr. 22 vom 27. Mai 1932) herausgegeben, in der sie Rechenschaft über das Gewollte und Erstrebte der Zentralvereins-Bewegung und der C.-V.-Zeitung giebt. Zahlreiche Gelehrte und Politiker sandten ihre Glückwünsche.

Kapellmeister Pulvermacher

wird sich allen Ehrungen zu seinem 70. Geburtstag am 23. Juni 1932 durch eine Reise mit seiner Gattin, Frau Jettka Pulvermacher-Finkenstein, entziehen.

Den 94. Geburtstag

feiert am 24. Juni 1932 Frau Philippine Kassel, verwitwet gewesene Dr. Stiasny, Websykstraße 12.

Den 90. Geburtstag

feiert am 9. Juli 1932 Frau Ninon Münzer geb. Goldschmidt, Sonnenstraße 21.

Den 80. Geburtstag

feierte am 28. Juni Frau Henriette Schäfer, geb. Mathias, Günterstr. 6.

Den 80. Geburtstag

feiert am 19. Juli 1932 Frau Jenny Berliner geb. Cassierer, wohnhaft bei ihrem Schwiegersohn, Herrn F. Laqueur, Roßmarkt 11.

Den 75. Geburtstag

feierte am 5. Juni 1932 der verdienstvolle langjährige erste Vorsitzende des Vorstandes der Synagogen-Gemeinde Liegnitz Herr Jablonski.

Den 60. Geburtstag

feiert am 9. Juli 1932 Herr Isidor Lichtenberg, Schillerstraße 16, der bekannte langjährige, unermüdliche Helfer unseres Wohlfahrtsamtes und vieler jüdischer Wohlfahrts-Organisationen.

Nachrichten aus dem Verbande der Synagogen-Gemeinden der Provinz Niederschlesien

An die Vorstände der Gemeinden.
An die Herren Rabbiner und Lehrer in der Provinz Niederschlesien.

Wir haben in der Januar-Nummer des Gemeindeblatts den nachfolgenden Aufruf an Sie erlassen:

„Die Erhaltung des Materials zur Kenntnis der Geschichte der Juden in Schlesien erscheint gerade in dem gegenwärtigen Augenblick ganz besonders dringend. Wir haben bereits früher gebeten, alles, was in den Gemeinden an Akten und Archivalien vorhanden ist, soweit es nicht für den laufenden Geschäftsgang gebraucht wird, an das Archiv der Synagogengemeinde zu Breslau abzuliefern, wo es unter Wahrung des Eigentumsrechts der betreffenden Gemeinde gesichtet, sachgemäß aufbewahrt und bearbeitet wird.

Der Verein für die Geschichte Schlesiens beabsichtigt, in einer Neuausgabe des Verzeichnisses der Kirchenbücher der Provinz auch die entsprechenden Archivalien der jüdischen Gemeinden zu bearbeiten.

Die Anregung des genannten Vereins gibt uns Veranlassung, unsere frühere Bitte um Erhaltung und Ablieferung der Archivalien zu wiederholen. Wir weisen dabei darauf hin, daß auch ganz geringfügig scheinende Aktenstücke und Notizen von Wichtigkeit sind und nicht vernichtet werden dürfen."

Wir haben aber weder von einer Gemeinde noch von einem der Herren Rabbiner und Lehrer eine Mitteilung hierauf erhalten. Da die neue Ausgabe des oben bezeichneten Werkes noch in diesem Jahre erfolgen soll, muß eine etwaige Meldung der bezeichneten Archivalien unverzüglich an uns erfolgen, damit wir sie rechtzeitig weitergeben können.

Der Verbandsausschuß.

Tagung des Verbandes der Synagogengemeinden der Provinz Niederschlesien.

Am Sonntag, den 29. Mai, fand in Breslau die Hauptversammlung der niederschlesischen Gemeinden statt, die sehr stark besucht war und an der auch Herr Direktor Georg Kareski im Auftrage des Preußischen Landesverbandes und Herr Dr. Ollendorff in Vertretung der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden teilnahmen. Eingeleitet wurde die Tagung durch einen sehr interessanten Vortrag des Herrn Gemeinderabbiner Dr. Vogelstein über das Thema „Von preußischen Judengesetzen". Der Redner gab einen zusammenfassenden Ueberblick über die Entwicklung der preußischen Judengesetzgebung und nahm am Schluß auch zu dem geplanten neuen Judengesetz der Preußischen Staatsregierung kritisch Stellung.

Hierauf erstattete der Vorsitzende, Herr Gemeindeältester Waldstein, den Jahresbericht, während Herr Justizrat Kalisch den Etat für das nächste Geschäftsjahr ausführlich erläuterte. Aus beiden Referaten, die den gedruckten Geschäftsbericht ergänzten, konnte man die Mannigfaltigkeit der Tätigkeit des Verbandes auf allen Gebieten jüdischen Lebens ersehen. Insbesondere ist es der Religionsunterricht, die Schechita und die Feiertagsgottesdienste in den Kleingemeinden, denen der Verband seine Aufmerksamkeit widmet und für deren Erhaltung er im vergangenen Jahre gegen 15 000 RM. verausgabt hat. Ob der Verband auch im nächsten Jahre diese Summe wird aufbringen können, ist angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage des niederschlesischen Judentums sehr fraglich. Ohne tatkräftige Hilfe des Preußischen Landesverbandes wird daher der Provinzialverband seine segensreiche Arbeit schwerlich im

gleichen Umfange fortsetzen können. Darum klangen die Ausführungen der beiden Redner in einem Appell an den Landesverband aus, der jüdischen Not des Grenzlandes Niederschlesien besondere Aufmerksamkeit zu schenken, was auch Herr Direktor Kareski in seiner Erwiderung versprach.

Der größte Teil der Tagung war der Erörterung sozialer Fragen gewidmet, und zwar erstens dem Siedlungsproblem im Interesse der Erwerbslosen unter Berücksichtigung der Verhältnisse in kleinen Provinzgemeinden und zweitens der Gründung einer jüdischen Genossenschaftsbank für die Provinz Niederschlesien. Die Notwendigkeit eines derartigen Instituts wurde allgemein anerkannt und nachdem Herr Dr. Ollendorff seitens der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden einen größeren Beitrag für die Gründungskosten und Betriebsbeihilfen in Aussicht stellte, ist zu hoffen, daß der Plan, um den sich die Herren Justizrat Peiser und Gins besonders verdient gemacht haben, bald verwirklicht werden wird.

Nach Schluß der Tagung blieben die Teilnehmer noch zu einer zwangslosen Aussprache bei einem Frühstück vereint, zu welchem sie der Vorstand der Synagogengemeinde Breslau gastfreundlich eingeladen hatte.

Oels/Schles. (Aus dem Gemeindeleben.) Das jüdisch-kulturelle Leben unserer Gemeinde konnte auch im vergangenen Winter trotz der schweren Wirtschaftslage, in der sich eine größere Anzahl von Gemeindemitgliedern befindet, vollauf erhalten werden. Der „Ausschuß für jüdische Volksbildung", wie auch der Jüdische Frauenverein und der Centralverein deutscher Staatbürger jüdischen Glaubens waren eifrig bemüht, jüdisches Wissen zu verbreiten und das Interesse an jüdischen Gegenwartsfragen zu fördern. Es sprachen die Herren Dozent Dr. Albert Lewkowitz, Breslau, über „Die Krise der modernen Weltanschauung und das Judentum", Dr. Ludwig Cohn, Breslau, über „Der soziale Gedanke im Judentum", Rechtsanwalt Dr. Apt, Breslau, über „Nationalsozialistische Weltanschauung", und Frau Paula Ollendorff, Breslau, über „Der Jude, Wanderer zwischen zwei Welten". Außerdem veranstaltete der Frauenverein eine Reihe von Vortragsabenden, in denen die Damen Paula Wahrmann über „Rasse und Kultur der Juden", Margarete Waldstein über „Die Juden im deutschen Wirtschaftsleben" und Elly Coenen über „Die Juden auf der deutschen Bühne" referierten

Amtliche Bekanntmachungen der Synagogengemeinde

Sitzung der Gemeindevertretung.

Mittwoch, den 13. Juli 1932, 18½ Uhr,
Sitzungssaal, Wallstraße 9, II.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes.
3. Annahme einer Grabpflegestiftung.
4. Annahme einer Grabpflegestiftung.
5. Verwaltungsbericht.

Geheime Sitzung.

1 Vorlage.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung.
Peiser, Justizrat.

Bekanntmachung.

Die Schächtgebühren sind durch Beschluß der Gemeindekörperschaften vom 23./26. Mai 1932 für
1 Rind auf 10,00 Mark,
1 Kalb auf 2,50 Mark
mit Wirkung vom 1. Juni 1932 ab festgesetzt worden.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

In der Geflügelschlachthalle Ritterplatz

wird in der Zeit vom 10. Juli bis 10. August 1932 nicht geschlachtet.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Nachruf!

Am 15. Juni 1932 starb der in unserer Gemeinde hochangesehene Kaufmann, Herr

Josef Deutsch

im Alter von 78 Jahren.

Der Verstorbene war über 40 Jahre im Vorstand der Israelitischen Krankenverpflegungs-Anstalt unermüdlich tätig und hat, getreu dem leuchtenden Vorbilde seines Vaters, sein ganzes Leben der Tätigkeit gewidmet, Armen und Gebeugten beizustehen und den Toten die letzten Liebesdienste nach den Vorschriften unserer Religion zu erweisen.

Sein gütiges Wesen, seine selbstlos betätigte echt jüdische Nächstenliebe wird in unserer Gemeinde unvergessen bleiben.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde

Kultussteuer 1932/33.

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde werden auf Beschluß der Gemeindekörperschaften an Kultussteuern 1932/33

16% Zuschlag zur Reichseinkommensteuer 1931
oder 30% Zuschlag zur Reichsvermögenssteuer 1931
nach den gesetzlichen Vorschriften erhoben.

Breslau, Juni 1932.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Die Bibliothek und Lesehalle, Anger 8, bleibt vom 1.—23. Juli einschließlich geschlossen.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Austritte aus dem Judentum

in der Zeit vom 14. April bis 21. Mai 1932.

Bäcker Franz Steinert, Sonnenstraße 3.
Kinder Sybille Vera und Eva Beate Koenigsberger, Scharnhorststr. 13/15.
Verehel. Generaldirektor Hedwig Anna Königsberg, geb. Blumenfeld, Hardenbergstraße 14/16.
Zeitungshändler Hugo Sander, Mäntlergasse 12.
Verehel. Kaufmann Elise Gallewski, geb. Lamprecht, Klosterstraße 19/21.
Arbeiterin Hella Tuch, Kupferschmiedestraße 27.
Vertreter Arthur Cohn, Tauentzienstraße 179.

Uebertritte in das Judentum

in der Zeit vom 14. Mai bis 21. Juni 1932.

1 Mann.

Ordnung des Gottesdienstes in den Gemeinde-Synagogen.

Alte Synagoge.

19.—24. Juni: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
25. Juni: Vorabend 19½, morgens 6½, 8½, Ansprache 10, Schluß 21.09 Uhr.
26. Juni bis 1. Juli: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
2. Juli: Vorabend 19½, morgens 6½, 8½, Ansprache 10, Neumondweihe 10¼, Schluß 21.06 Uhr.
3.— 8. Juli: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
9. Juli: Vorabend 19½, morgens 6½, 8½, Predigt 10, Schluß 21.02 Uhr.
10.—15. Juli: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
16. Juli: Vorabend 19½, morgens 6½, 8½, Schrifterklärung 10, Schluß 20.55 Uhr.
17.—20. Juli: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
21. Juli: morgens 6½, שבעה עשר בתמ׳ז abends 19½, Schluß 20.47 Uhr.
22. Juli: morgens 6½, abends 19½ Uhr.
23. Juli: Vorabend 19½, morgens 6½, 8½, Schrifterklärung 10, Schluß 20.43 Uhr.
24.—29. Juli: morgens 6½, abends 19½ Uhr.

Sidra: 25. Juni בהעלתך, 2. Juli שלח לך, 9. Juli קרח, 16. Juli חקת בלק, 23. Juli פינחס.

Haftarah: 25. Juni רני ושמחי, 2. Juli וישלח יהושע, 9. Juli ויאמר שמואל, 16. Juli והיה שארית, 23. Juli דברי ירמיה׳.

Das Lichtzünden muß am Freitag spätestens fünf Minuten vor Beginn des Gottesdienstes erfolgen.

Neue Synagoge.
Sabbathgottesdienst.

Freitag Abend 19 Uhr.
Sonnabend Vormittag 9.15 Uhr.

Neumondweihe am 2. Juli 9,45 Uhr.
Predigt: Freitag Abend am 17. und 24. Juni und 15. Juli. Sonnabend Vormittag am 2. Juli.
Sabbathausgang am 18. Juni 21.05, am 25. Juni 21.10, am 2. Juli 21.05, am 9. Juli 21.00, am 16. Juli 20.55, am 23. Juli 20.45 Uhr.
Sabbath-Nachmittagsgottesdienst am 25. Juni, 2., 9., 16. und 23. Juli, eine halbe Stunde vor Sabbathausgang.

Jugendgottesdienst 16 Uhr.

18. Juni: Neue Synagoge.
25. Juni: Krankenhaus.

Gottesdienst an den Wochentagen.

Morgens 7 Uhr, abends 19 Uhr.

Thora-Vorlesung.

18. Juni:	נשא	IV. B. M. Kap. 5, V. 5 bis Kap. 6, V. 27.
25. Juni:	בהעלתך	IV. B. M. Kap. 9, V. 15 bis Kap. 10, V. 36.
2. Juli:	שלח לך	IV. B. M. Kap. 14, V. 11—45.
4. u. 5. Juli:	ראש חדש	I. B. M. Kap. 1, V. 1—19.
9. Juli:	קרח	IV. B. M. Kap. 17, V. 6 bis Kap. 18, V. 7.
16. Juli:	חקת בלק	IV. B. M. Kap. 21, V. 32 bis Kap. 23, V. 26.
21. Juli:	י״ז בתמוז	II. B. M. Kap. 32, V. 11—14, Kap. 34, V. 1—10.
23. Juli:	פינחס	IV. B. M. Kap. 26, V. 52 bis Kap. 27, V. 23.

Konfirmationen.

Barmizwah Alte Synagoge.

18. 6. Herbert Abraham, Sohn des Herrn Michael Abraham und dessen Ehefrau Gertrud geb. Simmenauer, Sonnenstraße 39.
25. 6. Gerhard Fischer, Sohn des Herrn R.-A. Jacob Fischer und dessen Ehefrau Milla geb. Hahn, Kaiser-Wilhelm-Straße 157.
25. 6. Heini Buchwalter, Sohn des Herrn Max Buchwalter und dessen Ehefrau Sophie geb. Grünpeter, Wölflstraße 19.
2. 7. Joachim Salomon, Sohn des Herrn Sigmund Salomon und dessen Ehefrau Rosa geb. Meyer, Freiburger Straße 42.

Barmizwah Pinchas-Synagoge, Höfchenstraße 84.

25. 6. Josef Freyhan, Sohn des Herrn Dr. Wilhelm Freyhan und der Frau Fanny geb. Hackenbroch, Höfchenstraße 104. Thoravorlesung: 7¾ Uhr.

Barmizwah Neue Synagoge.

2. 7. Walter Günther, Sohn der Frau Rosa Günther, geb. Byk, jetzt verehel. Blume, Kupferschmiedestraße 25.
9. 7. Ulrich Eylenburg, Sohn des Herrn Rechtsanwalt Dr. Walter Eylenburg und der Frau Gertrud, geb. Moses, Agathstraße 14.
9. 7. Fritz Oskar Friedlaender, Sohn des verst. Herrn Paul Friedlaender und der Frau Charlotte, geb. Rosenfeld, jetzt verehel. Benedikt, Charlottenstraße 24.
23. 7. Horst Lachmann, Sohn des verst. Herrn Max Lachmann und der Frau Anna, geb. Kalusche, Kirchstraße 21.
13. 8. Ernst Cohn, Sohn des Herrn Studienrat Dr. Willy Cohn, Wölflstraße 17.
13. 8. Hans Kramer, Sohn des Herrn Adolf Kramer und der Frau Gertrud, geb. Reichelt, Augustastraße 34.
13. 8. Walter Smoschewer, Sohn des Herrn Generalkonsul Leo Smoschewer und der Frau Elise, geb. Alexander, Lindenallee 12/14.

Trauungen.

20. 6. 16 Uhr, Wochentags-Synagoge der Neuen Synagoge: Frl. Frida Korytowski, Willmanstraße 11, mit Herrn Max Moses, Morgensternstraße 59.
5. 7. 13 Uhr, Alte Synagoge: Frl. Cäcilie Freyhan, Kaiser-Wilhelm-Straße 5/7, mit Herrn Jenö Hahn, Budapest.

Beerdigungen.

Friedhof Lohestraße.

8. 5. Bruno Liebrecht, Kirschallee 24.
17. 5. Rosalie Schwarz, geb. Sklarek, Schwerinstraße 58, überführt nach Beuthen O/S.
24. 5. Lina Glaser, geb. Brauer, Menzelstraße 93.
9. 6. Geh. San.-Rat Dr. Samuel Freund, Gutenbergstraße 10.
17. 6. Josef Deutsch, Friedrich-Wilhelm-Straße 21.
17. 6. Rosalie Blasse, geb. Bernstein, Viktoriastraße 49.
17. 6. Kind Lea Mazelman, überführt nach Warschau.

Friedhof Cosel.

4. 5. Samuel Knoch, Breite Straße 3.
5 5. Erich Vulkan, Moritzstraße 9.
5. 5. Philippine Lißner, Steinstraße 13/15.
5. 5. Leda Weiß, geb. Wallach, Opitzstraße 37.

6. 5. Frieda Lobethal, geb. Silberstein, Goethestraße 45/47.
6. 5. Gustav Brinnitzer, Augustastraße 109.
8. 5. Helene Friedlaender, geb. Hannes, Höfchenstraße 5.
9. 5. Hermann Courant, Obernigk.
10. 5. Philipp Königsberger, Menzelstraße 93.
12. 5. Max Nachschön, Augustastraße 58.
12. 5. Max Reichenfeld, Viktoriastraße 26.
13. 5. Carl Schlesinger, Elsasserstraße 18.
13. 5. Emma Waldmann, geb. Matzdorf, Sonnenstraße 24.
19. 5. Emilie Opet, geb. Freund, Menzelstraße 93.
22. 5. Abraham Israel, Neue Gasse 20.
24. 5. Charlotte Guttmann, Kirschallee 35.
25. 5. Rudolf Schönfeld, Weißenburger Straße 17.
27. 5. Eduard Königsberger, Friedrich-Wilhelm-Straße 35.
27. 5. Hugo Lewkowicz, Körnerstraße 16.
27. 5. Moritz Katz, Blücherstraße 20.
29. 5. Minna Seidel, geb. Traugott, Berlin.
29. 5. Max Sonnenfeld, Kaiser-Wilhelm-Straße 92/94.
29. 5. Arthur Brauer, Gräbschener Straße 36.
29. 5. Martha Wachsner, geb. Lederer, Zimmerstraße 12.
29. 5. Sally Popielarz, Sadowastraße 64.
30. 5. Aron Schmul, Goldene Radegasse 1.
1. 6. Johanna Asch, geb. Pinkus, Telegraphenstraße 8.
1. 6. Emanuel Bach, Borsigstraße 34.
2. 6. Jenny Kleemann, geb. Ziffer, Hohenzollernstraße 63/65.
2. 6. Emil Pinkus, Gräbschener Straße 19/21.
5. 6. Kurt Boß, Höfchenstraße 103.
5. 6. Martin Ehrlich, Waterloostraße 24.
9. 6. Max Wiener, Gabitzstraße 60.
9. 6. Selma Hoffmann, geb. Zillner, Lohestraße 77.
12. 6. Regina Schein, geb. Schein, Höfchenstraße 47.
12. 6. Hermann Kapauner, Augustastraße 116.
12. 6. Meyer Koppenheim, Junkernstraße 12.
13. 6. Agnes Goldschmidt, geb. Urbainczynk, Friedrich-Wilhelm-Str. 25.
15. 6. Ignatz Bloch, Weißenburger Platz 10.
16. 6. Samuel Schlesinger, Kaiser-Wilhelm-Straße 163.

Kalendarium Juni/Juli.

Wochentg.	Juni	Ijar Siwan	
M.	1.	26.	
D.	2.	27.	
M.	3.	28.	
S.	4.	29.	פרק ו׳ במדבר Neumondweihe
S.	5.	Siwan 1.	ראש חדש
M.	6.	2.	
D.	7.	3.	
M.	8.	4.	
D.	9.	5.	ערב תבשילין — ערב שבועות
F.	10.	6.	א׳ דשבועות
S.	11.	7.	ב׳ דשבועות
S.	12.	8.	אסרו חג
M.	13.	9.	
D.	14.	10.	
M.	15.	11.	
D.	16.	12.	
F.	17.	13.	
S.	18.	14.	פרק א׳ נשא
S.	19.	15.	
M.	20.	16.	
D.	21.	17.	
M.	22.	18.	
D.	23.	19.	
F.	24.	20.	
S.	25.	21.	פרק ב׳ בהעלתך
S.	26.	22.	
M.	27.	23.	
D.	28.	24.	
M.	29.	25.	
D.	30.	26.	

Wochentg.	Juli	Siwan Tamus	
F.	1.	27.	
S.	2.	28.	פרק ג׳ שלח לך Neumondweihe
S.	3.	29.	
M.	4.	30.	א׳ דר׳ חדש
D.	5.	Tamus 1.	ב׳ דר׳ חדש
M.	6.	2.	
D.	7.	3.	
F.	8.	4.	
S.	9.	5.	פרק ד׳ קרח
S.	10.	6.	
M.	11.	7.	
D.	12.	8.	
M.	13.	9.	
D.	14.	10.	
F.	15.	11.	
S.	16.	12.	פרק ה׳ חקת בלק
S.	17.	13.	
M.	18.	14.	
D.	19.	15.	
M.	20.	16.	
D.	21.	17.	שבעה עשר בתמוז
F.	22.	18.	
S.	23.	19.	פרק ו׳ פינחס
S.	24.	20.	
M.	25.	21.	
D.	26.	22.	
M.	27.	23.	
D.	28.	24.	
F.	29.	25.	
S.	30.	26.	מטות ומסעי פרק א׳
S.	31.	27.	

Werbenachrichten

Bad Landeck in Schlesien nimmt unter allen Radium-Kurorten eine Sonderstellung ein. Die ganz eigenartige Kombination, die in dem gleichzeitigen Vorhandensein von Radium-Emanation und Schwefel bei einer Ursprungstemperatur der Quellen von rund 28° C gegeben ist, läßt es verständlich erscheinen, daß die durch die alte Tradition überlieferten Erfolge strengster wissenschaftlicher Nachprüfung standgehalten haben. Für die chronisch entzündlichen Frauenkrankheiten und für die verschiedenen Formen rheumatischer und gichtischer Erkrankungen des Bewegungsapparates liegen solche Untersuchungen abgeschlossen vor. Die blutdrucksenkende und harntreibende Wirkung der Quellen ist zur Zeit Gegenstand exakter Nachprüfung. Hiermit hängt wohl die günstige Beeinflussung beginnender Alterserscheinungen durch die Landecker Thermen zusammen. Auch bei den verschiedensten Nervenleiden funktioneller und organischer Natur bewähren sich diese Heilquellen. — Die herrliche Lage des Bades inmitten bewaldeter Berge und das schöne Klima unterstützen schon als psychische Faktoren die Heilwirkungen der Thermen. Natürlich wird in geeigneten Fällen auch von den Moorbädern, die in ausgezeichneter Qualität zur Verfügung stehen, in großem Umfange Gebrauch gemacht. Ebenso unterstützt die Einatmung in dem natürlichen Radium-Emanatorium die Wirkung der sonstigen Bade- und Trinkkur.

Der Schlüssel zur Speisekammer. Phosphor und Kalksalze sind Bausteine für die Knochensubstanz. Sie wurden schon frühzeitig als solche erkannt und finden bei englischer Krankheit oder verwandten Krankheitserscheinungen zur Stärkung der Knochen und Hebung des Allgemeinbefindens Anwendung. Diese Salze sind in vielen Nahrungsmitteln und in zahlreichen Nährpräparaten in geeigneter Form vorhanden. Trodtzem hat man oft die Beobachtung machen müssen, daß ihre Verabreichung gänzlich wirkungslos blieb. Man könnte fast sagen, diese Aufbausalze, ständig zugeführt, liegen wie in einer Speisekammer für den Organismus bereit. Verwenden kann er sie aber nicht, weil der

Centralverein Deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens
Ortsgruppe Breslau.

Am Dienstag, den 5. Juli, abends 8.15 Uhr, spricht im **Großen Saal der Lessingloge** in einer Kundgebung der

Direktor des Centralvereins

Dr. LUDWIG HOLLÄNDER

zu dem Thema: **„Die deutschen Juden in der Krisis“.**

Alle Gemeindemitglieder sind herzlich dazu eingeladen. Die Beteiligung von Jugendlichen ist besonders erwünscht.

Der Vorsitzende: Dr. Apt, Rechtsanwalt.
Der Syndikus: Dr. Fraenkel.

Schlüssel zu diesem Raume fehlt. Dieser bisher fehlende Schlüssel wurde durch wissenschaftliche Forschung aufgefunden und erhielt die Bezeichnung D-Vitamin. Nur bei seiner Anwesenheit hat der Organismus die Fähigkeit, Phosphor und Kalk zu verarbeiten. Eine natürliche Quelle für das D-Vitamin ist der Lebertran. Wirkungsvolle Lebertranextrakte zusammen mit den wichtigen Aufbaustoffen besitzt Nestle's Kindermehl, auf dessen vorzügliche Eigenschaften hier wieder hingewiesen werden soll. Eine wirklich zeitgemäße Neuerung ist die Portionsdose, die nun überall zum Preise von 20 Pfg. erhältlich ist. Sie läßt sich bequem auf Reisen und Ausflügen mitnehmen und bietet die Möglichkeit, den Speisezettel auch älterer Kinder wertvoll zu bereichern.

Das Stanger-Bad spielt heute in der Gesundheitspflege infolge seiner Wirkung eine bedeutende Rolle. Das Indikationsgebiet ist überaus vielseitig, da sich in dem Bade die balneologischen und galvanischen Heilfaktoren kombinieren lassen. Insbesondere ist die Wirkung auf rheumatische, neuritische und neuralgische Erkrankungen ganz ausgezeichnet und übertrifft diese, durch die Sonderbehandlung der erkrankten Körperteile, nach ärztlicher Beobachtung die der Wildbäder. Die Hebung des Allgemeinbefindens, insbesondere bei nervöser Uebererregbarkeit, bei körperlichen und nervösen Erschöpfungszuständen, bei Wallungen, Unruhe, Schlaflosigkeit u. dergl. ist ganz bedeutend. Da gerade die Jetztzeit vielen Menschen eine Badereise unmöglich macht, bieten Stangerkuren, die nach ärztlicher Verordnung im Stangerbad, Goethestraße 36, Tel. 357 31, abgegeben werden, einen vollwertigen Ersatz.

Sport und Zahnpflege. Grundlegend für die Zahnpflege ist die Erkenntnis, daß ein Zahn nicht faul wird, wenn er richtig gepflegt wird. Und die richtige Pflege bietet die biologische Mund- und Zahnreinigung mit Biox-Ultra, der schäumenden Sauerstoffzahnpasta, nach Hofrat Dr. Zucker. Bekannte wissenschaftliche Autoritäten empfehlen zur weiteren Mundpflege das im Geruch und Geschmack sehr angenehm und erfrischend wirkende Biox-Mundwasser, ein Kräuter-Mundwasser, das die wirksamen Stoffe der Kamille, der Myrrhe, der Ratanhia und Salbei in kolloidaler Form enthält.

Infolge seiner natürlichen, unnachahmlichen Zusammensetzung wurde der durch die Firma „Brunnen-Straka" im Inserat vorliegender Nummer empfohlene Lauchstädter Brunnen für viele Tausende aller Stände und Berufe zu einem Born der Gesundung. Der „Lauchstädter" hat sich seit mehr als 200 Jahren geradezu hervorragend bei Rheumatismus, Gicht, schlechter und fehlerhafter Blutbeschaffenheit, Blutarmut, Mattigkeit und Nervosität bewährt. Der Brunnen ist auch ein vorzügliches Kurgetränk bei Zucker- und Nierenleiden. Ohne Störung des Berufes kann man daher mit seiner Familie zu Hause eine Lauchstädter Brunnenkur durchführen und schon morgen mit der Haustrinkkur beginnen. Die seit Jahrzehnten bekannte Spezialfirma „Brunnen-Straka", nur: Am Rathaus 10, Fernruf 268 79, liefert auf telephonische Bestellung unter Garantie für frische Füllungen bei billigster Berechnung „Lauchstädter Brunnen" frei Wohnung. Auch steht vorgenannte Firma mit Prospekten und Auskunft gern zur Verfügung.

